

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

4.2.1927 (No. 29)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postbesitzer:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. K. M. v. B.
Karlsruhe

Preis: Monatlich 2.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversen fällt der Kostent fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abrechnung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Wingerkredite

** Verschiedene Anfragen geben Veranlassung, erneut darauf hinzuweisen, daß die Rückzahlungsfrist der im Juli 1925 verteilten, zu 3 Proz. verzinslichen und ursprünglich auf den 31. Dezember 1926 zur Rückzahlung fälligen Wingerkredite im Hinblick auf die Lage des Neubaues bis 31. Dezember 1928 verlängert worden ist.

Konsularische Vertretung Portugals

** Der bisherige portugiesische Konsul in Mannheim, W. G. Kummer, ist auf seinen Wunsch von seinem Posten entbunden und der portugiesische Vizekonsul daselbst, Oskar Winger, zum vorläufigen Vertreter des Konsulats bestellt worden.

Wirtschaftliche Umschau

Der erste Spruch des Saager, für die Auslegung der Dawesgesetze vorgesehenen, Schiedsgerichts ist für Deutschland ungünstig ausgefallen. In den feindlichen Ländern war während des Krieges und danach deutsches Vermögen beschlagnahmt worden, dessen Wert man auf 9 Milliarden Mark schätzt, und im Versailler Vertrag hatte Deutschland diese Beschlagnahme anerkannt und sich dazu verpflichtet, die betroffenen Auslandsdeutschen aus eigenen Mitteln zu entschädigen. Deutschland hatte den Standpunkt vertreten, daß es im Sinne des Dawesabkommens liege, daß diese Entschädigung aus den jährlichen deutschen Entschädigungsraten, die im Rahmen des Dawesplanes zu zahlen sind, entnommen würden, und zwar mit der Begründung, daß das Dawesabkommen sich ausdrücklich das Ziel gesetzt habe, alle deutschen Leistungen auf Zahlung bestimmter Jahresraten zu beschränken. Durch die Beschlagnahme und Liquidierung deutschen Eigentums hätten sich die ehemaligen Feindstaaten eine Vorleistung gesichert, die Deutschland durch Entschädigung der Auslandsdeutschen als Reparationszahlung so gut wie direkt gleichfalls aufbringen müsse.

Deutschland ist mit diesem Anspruch nicht durchgedrungen, wobei das Schiedsgericht erklärt hat, daß es die von Deutschland angeführten Gründe wirtschaftlicher Art aus Zuständigkeitsgründen nicht beachten habe können, und daß es sich nur an den Wortlaut des Sachverständigengutachtens halten dürfe. Die Folge ist, daß bei der angepannten deutschen Finanzlage die Entschädigungen an die Auslandsdeutschen sich weiter hingögern müssen. Bisher konnten meist nur Bruchteile des Schadens durch das Reich ersetzt und höchstens durch Kredite geholt werden. Lediglich in Amerika besteht die Absicht, das liquidierte Eigentum zurückzuerhalten. Von seiten des Reichsfinanzministeriums wird nun der Plan angekündigt, daß wenigstens die Erlöse aus Liquidationen, die nach 1924 erzielt wurden, von den Jahresraten abgezogen und dadurch zu Entschädigungszwecken zur Verfügung gestellt werden sollen, welchen Weg der Schiedspruch noch offen lasse. Natürlich handelt es sich hier nur um einen geringen Bruchteil der Gesamtsumme, so daß das Problem der Liquidationsschäden weiter der Reichsregierung bleibt.

Die Ziffern, welche einen Überblick über den deutschen Außenhandel im letzten Jahr 1926 gestatten, zeigen im reinen Warenhandel einen geringen Einfuhrüberschuß. Wir haben also eine annähernd ausgeglichene Handelsbilanz, wobei die Hälfte der Monate aktiv, die Hälfte der Monate passiv war. Wir könnten, wenn wir nur die Handelsbilanz zu betrachten bräuchten und nicht auf der deutschen Wirtschaft die Reparationen lägen, wenn ferner nicht die Tiefenverluste an Auslandskapital und dessen Erträgen wären, zufrieden sein. Aber wir wissen, daß uns eine ausgeglichene Bilanz nicht genügt, daß wir mehr erarbeiten müssen, um die Verluste des Kriegs auszugleichen, die Reparationen zu zahlen, und daß wir jetzt außerdem statt Zinsen aus unserem Auslandskapital und statt Erträge der einst im Ausland arbeitenden Unternehmungen zu erhalten, die Verzinsung und Tilgung unserer Verschuldung an das Ausland aufbringen müssen. So zeigen uns auch die Außenhandelsziffern, daß das Jahr 1926 ein Jahr des Wiederaufstiegs war, daß aber noch ein weiter und schwieriger Weg zurückzulegen ist.

Bei einer Betrachtung der Hauptzahlen der Handelsbilanz fällt auf, daß die Gesamteinfuhr sich erheblich gegenüber dem Vorjahr vermindert hat. U. a. hat die Einfuhr von Lebensmitteln um eine halbe Milliarde, die von Rohstoffen und Halbfabrikaten sogar um mehr als eine Milliarde, die an Fertigwaren um annähernd 700 Millionen in ihrem Wert abgenommen. Namentlich letzteres ist erfreulich. Zum Rückgang der Lebensmittelinfuhr hat die relativ gute deutsche Ernte beigetragen, obwohl die Brotgetreideinfuhr gestiegen ist. Dabei haben wir jedoch wieder, wie in der Vorkriegszeit, an Roggen mehr ausgeführt, als eingeführt, was freilich nun seine Folgen hat. Zurückgegangen ist zum Teil sehr erheblich die Einfuhr von Fleisch, Fischen, Butter, Käse, Eiern und Hafer, vor allem auch die Luzuseinfuhr, Obst, ausländische Gemüße, Wein und Most. Bei den Rohstoffen hat der Preisrückgang auf dem Weltmarkt mitgewirkt, daneben aber auch im ersten Halbjahr die Krise unserer Wirtschaft, die auf den Inlandkonsum drückte.

Bei der Ausfuhr ist an Rohstoffen und Halbfabrikaten ein Plus von 700 Mill. zu verzeichnen, wobei der größte Teil auf Kohlen und Metalle entfällt, also deutlich ein Zusammenhang mit dem englischen Streik vorliegt. Eine starke Zunahme haben im Export die chemischen Massengüter, vor allem Düngemittel zu verzeichnen, wobei jedoch Kalk und Thomasmehl eine Ausnahme bilden. Verschiedene Waren wie Papier-, Glas- und Tonwaren stehen heute schon 50 Proz. über der Vorkriegsausfuhr. Auch die Maschinenausfuhr ist gestiegen, vor allem in Textilmaschinen, letztere über die Vorkriegsausfuhr. Rückgängig sind dabei die Lokomotiven- und Kraftwagenausfuhr. Die Fertigwarenausfuhr beträgt 668 Mill. und hat um 340 Mill. gegen 1925 zugenommen, und sogar die Vorkriegsausfuhr von 1913 (6746 Mill.) übertrafen.

Bei einem Vergleich mit den Vorkriegsziffern muß man allerdings das Sinken des Geldwertes berücksichtigen, und auf der anderen Seite, namentlich bei den Lebensmitteln, in Betracht ziehen, daß Deutschland durch das Versailler Diktat wichtigster Produktionsgebiete beraubt wurde. Am Anfang des Jahres hat die Wirtschaftnot die Einfuhr abgelehnt, die aber dann sich zwingend durchsetzende Nationalisierung die Preise verbilligt und die Ausfuhr gehoben. Mit der Erholung der Wirtschaft stieg wieder die Einfuhr und schließlich entspann sich eine Art Wettlauf zwischen Einfuhr und Ausfuhr mit dem oben mitgeteilten Endergebnis. Die ganze Entwicklung des Jahres 1926 in Ein- und Ausfuhr war ein deutlich, immer wieder von bestimmten Anstößen beeinflusstes Pendeln, wobei häufig ein günstiger Umstand wieder durch ungünstige aufgehoben wurde, wie z. B. der englische Streik durch die Wertschwankungen in Frankreich und die Einfuhrerschwerungen durch andere Länder. Die offizielle Statistik umfaßt übrigens nicht die Reparationsnachlieferungen, um die sich die deutsche Ausfuhr erhöht.

Die Frage der Schutzölle für landwirtschaftliche Produkte wurde in dieser Woche wiederum mehrfach erörtert. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich jetzt die Frage erhebt, ob die 1925 beschlossenen hohen, damals nur zum Abhandeln beim Abschluß von Handelsverträgen bestimmten Zölle auf Lebensmittel, nun zur praktischen Anwendung kommen sollen, ob die gegenwärtigen, immerhin ermäßigten Zölle beibehalten werden, oder ob überhaupt eine Neuregelung erfolgen soll. Auf der kürzlichen Tagung des Reichslandbundes in Berlin hat dessen Präsident, Graf Kalkreuth, erhöhte Zölle für Getreide und auf alle Produkte der Viehhaltung und des Obst- und Gartenbaues gefordert und dies mit der Notwendigkeit der Stärkung der Kaufkraft der Landwirtschaft, sowie damit begründet, daß der Zolltarif eine Waffe gegen die unvermeidlich hohen Schutzollmauern der Nachbarländer sei. Als Kampfmaßnahmen müßten freilich erhöhte Zölle wegfallen, wenn sie diesen ihren Zweck erfüllen, so daß diese Begründung den Zollinteressenten auf die Dauer nichts nützt. Denn Kampfzölle sind eben keine Schutzzölle. Der neue Reichsernährungsminister hat es auf der gleichen Tagung vermieden, sich zu diesen Zollforderungen präzis zu äußern, sich lediglich auf allgemeine Ausführungen beschränkt, daß eine Höherbewertung der landlichen Arbeit anerkannt werden müsse und in einem Zeitungsartikel die Forderung aufgestellt, es müsse alles getan werden, um dem deutschen Volke Nahrungs-

freiheit zu sichern, d. h. die heimische Erzeugung so zu fördern, daß der Nahrungsbedarf im wesentlichen durch die deutsche Produktion bestritten werden könne. Der preussische Landwirtschaftsminister allerdings hatte vorher mit Recht davor gewarnt, in Schutzölle das Allheilmittel für alle Schäden der Landwirtschaft zu sehen, zumal die gegenwärtigen Schutzölle nicht geringer als die der Vorkriegszeit seien.

Auch praktisch scheint es sehr fraglich, ob gerade jetzt Zollerhöhungen für Lebensmittel bei der die breiten Schichten so schwer drückenden Wirtschaftsnote angebracht sind. Im Reichstag haben die Sozialdemokraten den Antrag gestellt, den Zoll auf Roggen vorübergehend, bis Anfang Juli, aufzuheben, da infolge der starken Roggenausfuhr mit Hilfe des Einfuhrsteinsystems die in Deutschland lagernden Roggenbörte bis zur neuen Ernte nicht ausreichen und die Notierungen der Produktbörsen ein dauerndes, recht erhebliches Ansteigen des Roggenpreises erkennen lassen, so daß der heutige Preis (253—256 M.) um 50 Prozent höher ist als der Vorkriegspreis (168 M. pro 1000 Kg.) und die Preisentwicklung die der übrigen Produkte übersteigt.

Briand über die Auswärtige Politik

Im französischen Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten erstattete Briand am Donnerstag Bericht über die auswärtige Politik Frankreichs. Er führte u. a. aus:

Die Regierung habe eine einheitliche auswärtige Politik getrieben und wolle ihr treu bleiben. Die Abkommen von Locarno hätten in Wirklichkeit die Binde des Versailler Vertrages ausgefüllt. Mit ihrer Hilfe sei die Abriegelung zum ersten Mal von Deutschland anerkannt und von den Alliierten garantiert worden. Auch für die Obergrenzen des Varnano Garantien geschaffen, da ja Deutschland sich verpflichtet habe, niemals wieder zu Gewalt seine Zuflucht zu nehmen. Die Räumung der Kölner Zone sei erfolgt auf Grund des Versailler Vertrages und nicht auf Grund der Locarnoabkommen. Was das mythische Frühstud von Thoiry betreffe, so sei von keiner Seite eine Verpflichtung eingegangen worden. Er, Briand, habe Stresemann deutlich zu verstehen gegeben, daß die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich solange nicht vollständig sein könne, als die Frage der Sicherheiten nicht endgültig geregelt werde. Frankreich würde sich, ohne vom Versailler Vertrag abzugehen, — dessen Durchführung leichter geworden ist — geneigt zeigen, jede Gelegenheit zu wirksamer friedlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu benutzen. In Locarno habe Frankreich den Frieden gewollt und es halte daran entschlossen fest. Das aber habe Frankreich nicht verhindert, in Syrien und Marokko zwei ihm aufgezwungene Kriege energisch durchzuführen. Frankreich werde auch weiterhin sich zunächst auf sich selbst verlassen und die Organisation seiner materiellen Macht, die es notwendig habe, um seine moralische Macht zu festigen, nicht vernachlässigen. Zur Chinapolitik erklärte Briand, Frankreich trete für die Integrität Chinas ein und sei bereit, China bei seinen Bestrebungen nach Unabhängigkeit zu helfen. Auf verschiedene Anfragen erklärte dann Briand noch: Frankreich könne der Zukunft ohne übertriebenen Optimismus, aber voll Vertrauen entgegensehen. Die von ihm, Briand, betriebene Politik, sei keine persönliche Politik, sondern Ergebnis der Beratungen und einmütigen Beschlusses des Ministerrats.

Das „Echo de Paris“ berichtet, Außenminister Briand habe zwar auf eine Anfrage betreffend die „deutsche Propaganda“ erklärt, Deutschland habe vor 52 Nationen die französische Obergrenze anerkannt, und England habe versprochen, diese Grenze mit allen seinen Kräften zu verteidigen. Gegen eine deutsche Propaganda würde Elsaß-Lothringen sich selbst zu wehren wissen. — Auf eine Anfrage betreffend die Abwiesung der „Journal Officielle“ dem Abg. Desjardins erteilt habe.

Dr. Külz sächsischer Innenminister. Das „B. Z.“ meldet aus Dresden: Die Meldung, daß die demokratische Landtagsfraktion für das von den Demokraten besetzte Innenministerium den bisherigen Reichsminister Dr. Külz in Vorschlag bringen werden, bestätigt sich jetzt ebenso wie die Vermutung, daß Dr. Külz diesem Rufe folgen wird.

Eine Richtigerklärung zum Besitzwechsel der „D. A. Z.“. Gegenüber den Pressenachrichten über einen Erwerb der Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch den bekannten Großindustriellen Otto Wolff, erklärt der Berliner Vertreter des Herrn Otto Wolff, daß dieser dem Besitzwechsel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vollkommen fernstehe.

Die Finanzlage Württembergs. In der Sitzung des Steueraussschusses des württembergischen Landtages gab Finanzminister Dehlinger einen Überblick über die Finanzlage des Landes und teilte mit, daß sich das Defizit für 1926, das auf 4 Millionen veranschlagt war, auf 7 Millionen erhöht habe.

Umgestaltung der bayerischen Staatswerke. Im Plenum des bayerischen Landtages wurde am Donnerstag nach mehrstündiger Beratung die Regierungsvorlage betreffend Umwandlung des staatlichen Berg-, Hütten- und Salinenbetriebes in eine Aktiengesellschaft mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Freien Vereinigung in erster und zweiter Lesung angenommen.

Neuwahl des badischen Finanzministers und des Staatspräsidenten

Badischer Finanzminister: Dr. Schmitt, Staatspräsident: Dr. Trunk

Der badische Landtag hat gestern an Stelle des nunmehrigen Reichsfinanzministers Dr. Köhler den bisherigen Ministerialdirektor Dr. Franz Josef Schmitt zum badischen Finanzminister gewählt. Mit dem Amt des Staatspräsidenten wurde Justizminister Dr. Trunk betraut.

Durch die Presse war bereits bekannt geworden, daß Dr. Schmitt als Nachfolger Dr. Köhlers in Aussicht genommen sei. Man wußte deshalb, daß er mit großer Mehrheit gewählt werden würde. Das war auch der Fall. Die Stimmen der Koalitionsparteien haben sich restlos auf ihn vereinigt. Bürgerliche Vereinigung und Deutsche Volkspartei gaben weiße Zettel ab. Einen recht guten Eindruck machte die kurze Dankesrede des neuen Finanzministers Dr. Schmitt auf die Begrüßungsworte des Landtagspräsidenten. Man gewann die Überzeugung, daß er die gesprochenen Worte, soweit es an ihm liegt, in die Tat umsetzen wird.

Im einzelnen nahm die erste Sitzung am Donnerstag nachmittag den folgenden Verlauf:

Badischer Landtag

12. Sitzung

DJ. Karlsruhe, 3. Februar.

Saal und Tribünen sind gut besetzt.

Präsident Dr. Baumgartner

eröffnet um 1/4 Uhr die Sitzung und gibt ein Schreiben des bisherigen Staatspräsidenten und Finanzministers Dr. Köhler bekannt, worin dieser seine Berufung als Reichsfinanzminister mitteilt und die badischen Ämter in die Hand des Landtages zurücklegt. Der Präsident führt sodann aus:

Meine Damen und Herren!

Die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Reiche hat dazu geführt, daß der Herr Reichskanzler Dr. Marx bei der Neubekleidung des Amtes des Reichsfinanzministers den bisherigen badischen Minister der Finanzen, Herrn Staatspräsidenten Dr. Köhler, für dieses Amt dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen hat. Herr Staatspräsident Dr. Köhler glaubte im Hinblick auf die besonderen politischen Umstände, daß dem Reiche nicht entgegen zu dürfen und hat ihn angenommen. Der Herr Reichspräsident hat hierauf Herrn Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister ernannt. So schied gleichzeitig mit dieser Ernennung Dr. Köhler aus seinem bisherigen Amte unseres Landes als Staatspräsident und Minister der Finanzen. Das badische Land und Volk hat allen Anlaß, zunächst dem lebhaften Bedauern Ausdruck zu geben, daß nun damit die ganz hervorragenden Fähigkeiten seiner letzten politischen Persönlichkeit und die große Arbeitskraft unmittelbar für unsere Landesverwaltung verloren gehen. Das badische Volk und Land hat aber auch allen Grund, dem neuen Herrn Reichsminister Dr. Köhler den warmsten Dank und die höchste Anerkennung für all das zu bezeugen, was er dem Lande war und für sein Land getan hat. Als Abgeordneter hat er sein gründliches Wissen, seine große Fähigkeit mit hingebendem Fleiß dem Wohle seines Landes gewidmet. In schwersten Tagen nach der Umwälzung unseres Staatswesens gehörte er mit an der Spitze zu jenen Männern, die mit eigener Energie und frischer Entschlossenheit das Steuer ruder in die Hand nahmen, um dem drohenden Chaos entgegenzuwirken. So stand er dann als Staatsrat und Vizepräsident dem ersten Staatspräsidenten der jungen badischen Republik treu und hilfsbereit zur Seite. Als im März des Jahres 1920 durch die Ernennung des damaligen badischen Finanzministers Dr. Birtz zum Reichsfinanzminister das Amt des badischen Finanzministers frei wurde, wählte ihn der badische Landtag zu Dr. Birtz Nachfolger. Mit der ihm eigenen Entschlossenheit und gestützt auf reiche Erfahrung und umfassendes Wissen verwaltete er während fast 7 Jahren das Amt des badischen Finanzministers, mit dem bis zum Juni 1922 auch das Amt des Chefpräsidenten des Landesfinanzamtes verbunden war. Die badischen Finanzen wurden in guter Ordnung zu erhalten, war ihm oberste Aufgabe und höchstes Ziel. Es ist ihm dies auch unter schweren Verhältnissen stets gelungen. Darüber hinaus hat Dr. Köhler mit frischem Bogenmut und gesundem Optimismus auch die wirtschaftlichen Unternehmungen des badischen Staates geleitet und mit sehr gutem Erfolge gefördert. So haben wir allen Grund ihm für seine Arbeit und seine dem badischen Staat als Finanzminister und Staatspräsident geleisteten vorzüglichen Dienste warmsten Dank und höchste Anerkennung auszusprechen.

Wir knüpfen an seine Berufung an die Spitze der Reichsfinanzverwaltung aber auch manche Hoffnungen und Wünsche. Wir dürfen wohl dessen gewiß sein, daß Herr Reichsfinanzminister Dr. Köhler als überaus energiegeladener Mann ein gesundes und vernünftiges Liberalismus nunmehr auch im neuen Amte die Lebensnotwendigkeiten der Länder und Gemeinden zur Erfüllung ihrer großen staatlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben berücksichtigen und vor allem beim bevorstehenden Finanzjahrgange die Wünsche unseres badischen Volkes mit Nachdruck vertreten und zu einer Länder- und Gemeindeförderung beitragen wird.

So begleiten denn den Herrn Reichsfinanzminister unsere besten Segenswünsche für ein erfolgreiches Wirken in sein hohes und verantwortungsvolles Amt im Reiche.

Es folgt

Die Wahl des Finanzministers

Hierzu erklärt der Abg. Bod (Komm.), daß für ihn kein Grund bestehe, dem Finanzminister Lob und Dank zu sagen. Als der Redner allgemeine politische Ausführungen macht, wird er vom Präsidenten wiederholt zur Sache gerufen. Abg. Bod schließt, daß er ebenso wie dem Scheidenden so auch dem neuen Finanzminister kein Vertrauen entgegenbringen könne. Seine Partei werde bei der Wahl keinen leeren, sondern einen kommunistischen Zettel abgeben.

Die Wahl selbst hat folgendes Ergebnis: Von 66 anwesenden Abgeordneten stimmen 46 für den bisherigen Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichts, Geheimen Rat Dr. Schmitt, der damit gewählt ist. Außerdem wurden abgegeben 16 leere Zettel der Opposition und drei für den Abg. Bod; eine Stimme war unglücklich.

Geheimrat Dr. Schmitt nimmt die Wahl an, worauf der Präsident folgendes ausführte:

Sehr geehrter Herr Minister!

Der badische Landtag hat Sie zum Minister der Finanzen erwählt. Sie haben sich sofort zur Annahme dieses Amtes bereit erklärt. Wir erblicken in Ihrem Jawort zugleich Ihre Gewißheit, daß Sie so, wie Sie bisher in Ihrem Amte mit gro-

ßer Gewissenhaftigkeit Ihre Pflicht treu erfüllt haben, auch die in dem neuen Amte Ihnen obliegenden Pflichten nach Maßgabe der Verfassung des Reiches und unseres Landes und gemäß der Gesetze wahrnehmen werden. Ich spreche Ihnen namens des Landtags hierzu die besten Glück- und Segenswünsche aus.

Finanzminister Dr. Schmitt

erwiderte sodann mit nachfolgenden Ausführungen:

Herr Präsident! Auf die republikanische Verfassung des Reiches und des Landes habe ich feinerzeit meinen Beamteneid geleistet. Dieser Eid soll auch gelten für mein künftiges Amt. Ich gelobe dies hier in dieser Stunde.

Sehr verehrte Damen und Herren! Sie haben mir durch Ihre Mehrheit das verfassungsmäßige Vertrauen zum Ausdruck gebracht, das nötig ist, daß ich mein Amt übernehme. Ich spreche hierfür meinen Dank aus und gelobe Ihnen eifrige Pflichterfüllung. Ich möchte es aber wagen, noch ein weiteres Vertrauen von Ihnen zu erbitten und zwar von jedem einzelnen von Ihnen, das Vertrauen zu mir, daß ich bestrebt sein werde, alle meine Handlungen nach Gerechtigkeit und Sachlichkeit zu vollziehen.

Im Verhältnis zum Reiche wird meine Aufgabe sein: Unterordnung und Einordnung unter den großen Reichsgebanten, aber nebenbei nachdrückliche Wahrung der Eigenständigkeit des Landes, insbesondere in steuerlicher und finanzieller Hinsicht.

Im Verhältnis zu den Nachbarstaaten muß es mein Bestreben sein, möglichst Fühlung zu nehmen zu Zwecken gemeinsamer Arbeit und Mitarbeit in gemeinsamen Angelegenheiten. Das oberste mich bindende Gesetz im Haushalt des Staates wird sein: Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, aber nicht bloß im Voraus, sondern auch im Rückblick und gerade hier werden sich viele Härten ergeben. In meinem bisherigen Amt habe ich das selbst erfahren, aber es wird nicht möglich sein von dem bisherigen strengen Verfahren des Finanzministeriums abzuweichen.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Unternehmungen wird behutsame, aber vertrauensvolle und zurechtweisende Weiterführung meine Aufgabe sein.

Seien Sie, meine verehrten Damen und Herren, überzeugt, daß ich mein Amt führen werde im Sinne eines verlässlichen Ausstiegs aus der Krise, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse und nicht zuletzt wird es meine Aufgabe sein und meine fortgesetzte Pflicht, wie die meines Vorgängers, die Not der schwachen Volksschichten nach Möglichkeit zu mildern, so wie das mein Amtsvorgänger getan hat.

Die Wahl des Staatspräsidenten

fällt mit 46 Stimmen der Regierungsparteien auf den Justizminister Dr. Trunk. 17 Zettel sind weiß, 3 unglücklich. Auch an ihn richtet der Präsident herrliche Worte der Begrüßung:

Sehr geehrter Herr Staatspräsident!

Zum dritten Male überträgt Ihnen der badische Landtag das Amt des Staatspräsidenten. Wir haben alle die Überzeugung, daß Sie auch in der neuen Amtsperiode mit gleicher Pflichttreue, gleicher Tatkraft und Umsicht und in gleicher erfolgreicher Weise die Geschicke des badischen Landes und Volkes leiten werden.

Ich Sie begleiten unsere besten Glückwünsche in Ihr verantwortungsvolles Amt als Staatspräsident.

Staatspräsident Dr. Trunk

dankte für die Wahl mit folgenden Worten:

Herr Präsident, ich danke Ihnen.

Ich danke auch dem Großen Hause für die Wahl; ich danke für das Vertrauen, das mir damit durch die Mehrheit des Hauses bezeugt worden ist.

Ich versichere — und angesichts dessen, wie ich in den früheren Perioden meines Wirkens als Staatspräsident meine Tätigkeit zu vollziehen versuchte, dürfte ich, die dieser Versicherung Glauben schenken — daß ich nunmehr wieder in all' meinen Handlungen als Staatspräsident die Verfassung ehren und achten, und daß ich den Gesetzen gehorchen werde. Ich werde bestrebt sein und meinen ganzen Willen, meine ganze Energie dafür einzusetzen, in bester Sachlichkeit, möglichst objektiv und gewissenhaft, treu dem badischen Volke in all' seinen Schichten, treu den Belangen des badischen Landes und damit treu den Belangen unseres deutschen Vaterlandes, der Heimat und dem Vaterlande zu dienen.

Abg. Mattes (DVP.) gibt die Erklärung ab, daß sich seine Partei der bisherigen Übung entsprechend der Wahl enthalten habe, die eine Sache der Regierungsparteien sei. Er beklagt sich, daß man seine Fraktion von den Wahlvorschlägen nicht früher in Kenntnis gesetzt hat.

Abg. D. Mayer-Karlruhe (Bürgerl. Verag.) bezieht sich für die Wahlenthaltung seiner Fraktion auf früher abgegebene Erklärungen. Das Verhalten seiner Partei beruhe auf sachlichen Gründen und habe keine persönliche Note.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung 1/2 Uhr.

Die schlesischen Bergarbeiter kündigen. Der „Vorwärts“ meldet aus Waldenburg: Nachdem die Bergbauunternehmer des niederschlesischen Steinkohlenreviers die Lohnforderungen der Bergarbeiter abgelehnt haben, beschloßen die Bergarbeiter, zum 5. Februar individuell die Kündigung einzureichen. Verschiedene Ortschaften melden bereits 85 Proz. und mehr an eingereichten Kündigungen. Wichtige Berufsgruppen wie Hauer, Handwerker usw. haben restlos gekündigt.

Der Zwischenfall im Burgland. Im österreichischen Nationalrat kam es am Sonntag bei der Besprechung sozialdemokratischer Anfragen wegen des Zwischenfalles im Burgland zu Vorfällen, so daß schließlich die Sitzung abgebrochen werden mußte. Ferner entstand vor der Universität ein schwerer Schlägerei zwischen sozialistischen und nationalistischen Studenten.

Der Genfer Völkerbundpalast. Im Wettbewerb für den Bau des neuen Völkerbundpalastes sind bis jetzt beim Generalsekretär über 200 Projekte eingereicht worden, zum größten Teil von Architekten aus europäischen Ländern. Es wird damit gerechnet, daß noch verschiedene Entwürfe aus Übersee eintreffen werden, so daß insgesamt etwa 300 Entwürfe zusammenkommen.

Militärrevolte in Portugal. In Portugal (Oporto) ist wieder einmal eine Militärrevolte ausgebrochen. Die Regierung zieht Truppen zusammen, um den Aufstand niederzuschlagen.

Die Regierungserklärung im Reichstag

Deutscher Reichstag

Reichstag, Berlin, 3. Febr. 1927.

Das öffentliche Interesse an der Programmklärung der neuen Reichsregierung äußerte sich dahin, daß die Tribünen nicht besetzt waren, während der Sitzungszeit bei der Eröffnung der Sitzung noch viele Läden aufwies.

Präsident Lobe verlas zunächst das offizielle Schreiben, in dem Reichskanzler Dr. Marx dem Reichstagspräsidenten die Regierungsbildung mitteilt und die Mitglieder des neuen Kabinetts nennt. Bei der Vorlesung der Namen Gehler und Schiele kamen einige höhnische Zurufe von den Kommunisten.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Hierauf ergreift

Reichskanzler Dr. Marx

sofort das Wort, mit lärmenden Zurufen der Kommunisten begrüßt: „Kanzler des Bürgerblods“.

In der Regierungserklärung wird zunächst die einmütige Auffassung des Kabinetts betont, daß die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der republikanischen Staatsform auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Die Regierung tritt mit Tatkraft für den Schutz, die Leitung und die Ehre der Verfassung, ihrer Organe und ihrer Reichsorgane ein, wie sie im Art. 3 der Verfassung festgelegt sind. Aber auch der Vergangenheit und ihren Symbolen soll Achtung und Ehre gezollt werden. Durch das Reichsschulgesetz ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Art. 146 der Verfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen. Die Rechte und Interessen der Beamtenklasse werden nach Kräften gefördert werden. In Abereinrichtung mit den Ländern soll möglichst bald eine Regelung des Finanzausgleichs erfolgen. Das Meer muß dem pol. Kampfe entzogen werden. Die Verwendung des Reichspräsidenten über ungeschickte Einstellungen wird strengstens durchgeführt und durch weitere Anordnungen zum Rekrutierungsverfahren ergänzt werden. Der Reichskanzler appelliert an die gesamte Öffentlichkeit, unserer Wehrmacht das verdiente Vertrauen entgegenzubringen. Es verheißt sich von selbst, daß die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenwärtigen Verständigung weiter fortgeführt werden wird. In erster Stelle steht die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wiederherzustellen. Der Reichskanzler vertritt sich dann ausführlich über die Aufgabe auf dem Gebiet der Wirtschaft- und Sozialpolitik, wo vor allem dahin getrebt werden müsse, die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu verringern und ihre Lage zu bessern. Die Reichsregierung wird es als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Als wichtigste Maßnahmen führte der Reichskanzler auf: die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, öffentliche Aufträge, Ausbau der Arbeitsvermittlung, des Umschulungs- und Fortbildungswesens, ferner das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und die Schaffung einer umfassenden Arbeiterversicherung, unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit. Noch vorher sollen Mißstände auf dem Gebiet der Arbeitszeit beseitigt werden. Auch die Sozialversicherung und die Wahlrechtsreform wird weiter ausgebaut werden. Durch die Vervollständigung unseres Handelsvertragswesens und Exportförderung soll der Absatz gefördert werden. Die Pflege der heimischen Landwirtschaft wird sich die Reichsregierung besonders anlegen lassen. — Der Reichskanzler betonte weiter, die Notwendigkeit der Förderung leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe. Nachdem der Kanzler die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Rechtspflege berührt hatte, unterließ er zum Schluß, die neue Regierung werde ihr Bestes einsetzen, um auf dem Wege zum Wiederaufstieg unser Reich und Volk vorwärts zu bringen.

Beim Beginn der Erklärung des Reichskanzlers machten die Kommunisten laute Zurufe, die bei einigen Stellen der Erklärung wiederholt wurden. Lärm und Gelächter gab es besonders bei den Stellen, die die Reichswehr betreffen. Bei den Ausführungen über die Staatstreue der Beamten riefen die Kommunisten: „Das reine Kreuzworträtsel!“ — Als der Kanzler betonte, die Regierungsparteien seien einmütig entschlossen, auf dem in Locarno beschriebenen Wege fortzuschreiten, wurde von den Reichstagen und von links lebhaft „Hört, hört“ gerufen. Die Regierungsparteien enthielten sich während der Rede aller Kundgebungen, abgesehen von vereinzelten „Bravo“-Aufen. Wegen beleidigender Zwischenrufe wurden Abg. Käbel (Komm.) einmal, Abg. Thälmann (Komm.) zweimal zur Ordnung gerufen. Schließlich riefen die Kommunisten: „Schluß mit dem langweiligen Zeug, das glaubt ja doch keiner!“ — Am Schluß der Regierungserklärung rufen die Kommunisten: „Nieder mit dieser Regierung!“

Präsident Lobe verließ unter dem Gelächter der Rechten ein von der Demokratischen Fraktion eingebrachtes Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Von den Kommunisten liegt ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung im Ganzen und ein besonders gegen Dr. Marx und Dr. Gehler vor.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

wird sofort eröffnet.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Die langwierigen Bemühungen um die Regierungsbildung seien wenig verheißungsvoll für eine lange Lebensdauer des Kabinetts. Bei dem Gerate um die Ministerliste haben die Deutschnationalen eine eckige jüdische Prozentrechnung aufgemacht. Der Besiegte bei dieser Regierungsbildung ist die Deutsche Volkspartei. Dem Vater der Krise, Dr. Scholz, scheint jetzt die rechte Vaterfreude zu fehlen. — Dr. Stresemann, den noch im Januar 1926 Eugenberg das Anklage des deutschen Bürgerturns genannt hatte, hat freilich jetzt die Deutschnationalen in seine Gefolgschaft gebracht. Reichskanzler Dr. Marx hat mit der Bildung dieses Reichskabinetts seine bisherige Politik und auch seine bisherigen Erklärungen verleugnet. Er hätte das Steuer wenigstens einem anderen überlassen sollen. Das Zentrum hat die Schwänkung vollzogen, weil es Neuwahlen vermeiden wollte. Der neue Finanzminister Dr. Köhler ist als ehrlicher Republikaner bekannt. Es tut mir in der Seele weh, daß ich ihn in dieser Gefolgschaft sehe. (Weiter links.) Mit der Absetzung des Ministerpräsidenten Graf ist den Deutschnationalen eine Demütigung zugefügt worden, wie keiner Partei je zuvor.

Die deutschnationalen Minister haben sich zur Fortführung der Locarnopolitik bekannt. Damit erkennen sie nicht nur die Ergebnisse dieser Politik an, sondern billigen auch ihre Methoden. (Abg. v. Kennig (Dntl.) ruft: „Rein!“ Ich stelle fest, daß im Gegenlag zu den Versicherungen der deutschnationalen Minister ein Mitglied der deutschnationalen Fraktion sich hier gegen die außenpolitische Regierungsmethode erklart. Zum Reichswehramt Dr. Gehler haben wir nicht das Vertrauen, daß er jetzt das nachholt, was er in diesen Jahren veräumt hat. Wir haben jetzt eine ausgesprochene Bürgerblod-Regierung. Der Reichspräsident hat in seinem Brief die Terminologie von Karl Marx übernommen, indem er unterscheidet zwischen Arbeiterschaft und Bürgerturn. Die

Bürgerblut-Regierung wird sicher für die sozialdemokratische Politik gute Arbeit leisten. Deutschland ist auch nach dem Beginn der christlichen Gewerkschaftsperiode ein Arbeiterstaat. Die Arbeiter dürfen in diesem Staat nicht bloßes Objekt der Gesetzgebung sein. Wir wünschen dieser Regierung ein baldiges Ende; solange sie aber lebt, wird unser Weizen blühen (Beifall bei Soz.)

Abg. Graf Westarp (Dnt.). Mit dem Eintritt der Deutschen in die Regierung ist das Ziel erreicht worden, daß der deutschnationale Parteitag in Köln aufgestellt hat. Um eine feste bürgerliche Wehrheitsregierung zu erreichen, haben wir in sachlicher und persönlicher Beziehung manches Opfer gebracht. Opfer der Überzeugung. Eine Preisgabe unserer grundsätzlichen Einstellung und unserer programmatischen Linie ist von uns nicht zugestanden und nicht in Aussicht gestellt worden. (Hört, hört, links.) Wir haben das programmatische Manifest des Zentrums zur Kenntnis genommen, aber es ist nicht Verhandlungsgegenstand gewesen und von uns ist kein Bekenntnis dazu verlangt worden. (Sturm, hört, hört, links.) Die durch eine Indiskretion veröffentlichten Richtlinien gehen über das Abkommen hinaus und verstoßen gegen das Bild. Für uns gilt die heutige abgegebene Regierungserklärung mit dem, was wir dazu zu sagen haben. Wir geben nichts preis von dem Grundsatz, daß jede deutsche Regierung deutsche Politik treiben muß. (Mufe links: „Verlegenheitsredenarten!“) Das Vertragswort von Locarno und die Mitgliedschaft im Völkerbund sind die rechtlichen und politischen Grundlagen der deutschen Politik. Eine Politik der Gewalt und Revanche lehnen wir ab. (Hört, hört, links.) Wir wollen eine Politik der Verständigung, aber es muß eine gegenseitige sein. Das Abkommen über die Offestellungen ist vor dem Eintritt der Deutschen in das Kabinett geschlossen worden. (Widerpruch und laute Zurufe links.) Solange ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht, kann von einer wirklichen Verständigung nicht die Rede sein. (Hört, hört, links.) In der Innenpolitik ist von uns ein Gesinnungs-bekenntnis, eine Preisgabe unserer monarchischen Überzeugung nicht verlangt worden. (Sturm, hört, hört, links.)

Ein Bekenntnis zum Staat ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Staatsform. (Sturm, hört, hört, links.) Die Staatsform steht fest, und wir wollen mit der Regierung die Staatsautorität und die Verfassung schützen. Der Streit um die Staatsform wird um die Reichsarbeit wird weitergehen, aber er muß in sachlichen Formen und ohne persönliche Gefühlsregung geführt werden. (Mufe links: „Das sagt ausgerechnet Westarp.“) Wir begrüßen es, daß mit der neuen Regierungsbildung die Mitte mit dem Zentrum von der Sozialdemokratie losgelöst ist.

Diesem ersten Schritt muß eine gleiche Regelung auch in den Landesregierungen, vor allem in Preußen, folgen. (Mufe links: „Hört, hört, links.“) Wir freuen uns, daß zum ersten Mal in einer Regierungserklärung die Achtung vor den großen Traditionen der deutschen Vergangenheit gefordert wird.

Präsident Lube verliest unter großer Beifall eine sozialdemokratische Adresse, die Rede des Abgeordneten Graf Westarp auf Reichskosten in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich angeschlagen zu lassen.

Die Sozialdemokraten haben inzwischen auch einen Mißtrauensantrag gegen die neue Regierung eingebracht. Abg. Drewnis (WAgg.) gibt die Erklärung ab, seine Fraktion habe in der Regierungserklärung die Zusage einer Herabsetzung der Reichsausgaben vernimmt. Die bisher erhobenen Mittelstandsforderungen werde die Fraktion aufrechterhalten. Die neue Regierung — so schließt die Erklärung — hat es selbst in der Hand, sich die Unterstützung unserer Fraktion zu sichern, indem sie unsere Forderungen erfüllt. Bis dahin nehmen wir eine abwartende Haltung ein.

Abg. Dr. Scholz (Dpnt.) begrüßt es, daß die Deutschnationalen durch ihren Eintritt in die Regierung die Konsequenz gezogen haben, die jede Oppositionspartei ziehen muß, wenn sie eine Regierung gestützt hat. Deutschland habe schon jetzt ein Recht auf sofortige Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes. Mit Locarno und Genf sei die Fortdauer der Besetzung ganz unvereinbar. Die deutsche Außenpolitik gewinne immer mehr Vertrauen im In- und Auslande. Aus den sozialpolitischen Richtlinien der Regierung ergebe sich klar, daß von einem „Reichsbürgerblut“ nicht gesprochen werden kann. Millionen von Arbeitern stehen hinter der neuen Regierung. Der Redner weist dann den Vorwurf zurück, daß die Volkspartei den liberalen Gedanken vertrat habe. Sie wolle ihn vielmehr auch in der neuen Regierung vertreten. (Beifall bei der Dpnt.) Vobauerlich sei es nur, daß die Demokraten durch ihr Fernbleiben von der Regierung den liberalen Gedanken geschwächt haben. Vom demokratischen Standpunkt aus sei eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten dringend notwendig. Jetzt könne die vom Reichspräsidenten ernannte Regierung durch eine einfache Mehrheit des Reichstages gestürzt werden. Man dürfe nicht verlangen, daß der Reichspräsident sich der Fraktionsdiktatur beugt. Die Reichswehr habe sich ausgezeichnet bewährt, und wärmster Dank gebühre ihrem Organisator, dem General v. Seeckt. Der Redner bezieht zum Schluß die Bildung der neuen Regierung als eine Etappe auf dem Wege zur Volksgemeinschaft.

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der die Reichsregierung auffordert, den Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen. (Beifall bei der Dpnt.)

Abg. Sedert (Komm.) Der lange Schmus der Regierungserklärung könne nicht hinweggesehen über die Arbeiterfeindschaft des neuen Kabinetts. Die jetzige Situation sei durch die Sozialdemokraten mitverschuldet worden.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich der Abg. Kemnis (Deutschn.) gegen den Abg. Müller-Franke (Soz.). Er wirft dem Sozialdemokraten Landesverrat vor und erhält dafür einen Ordnungsruf.

Am 8 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag mittag 12 Uhr vertagt.

Die Rede des Grafen Westarp und das Zentrum

In den Kommentaren der Berliner Morgenpresse über die gestrige Reichstagsdebatte werden besonders die Ausführungen des deutschnationalen Abg. Graf Westarp besprochen. Die Oppositionspresse spricht von einem Konflikt, der in der Regierungspolitik ion entstanden sei. In einer Ministerbesprechung nach Schluß der gestrigen Reichstags Sitzung soll es dann zu einem Kompromiß gekommen sein, das die Abgabe einer Erklärung durch den deutschnationalen Abg. Reinecke-Jung vorsah. Die „Germania“ fühlt sich durch die Äußerung des Grafen Westarp zu der Bemerkung veranlaßt: Dem Zentrum erwacht aus dieser Situation die Pflicht der doppelten Wachsamkeit über die Einhaltung der Richtlinien, wie sie in dem Regierungsprogramm verkündet sind.

W.M. Berlin, 4. Febr. (Tel.) Im Reichstag waren heute vormittag bereits eine Anzahl Minister anwesend. Es wird jedoch berichtet, daß offizielle Besprechungen über die Weisung des gestrigen Zwischenfalls aus Anlaß der Westarp-Rede nicht stattgefunden haben. — Von fahrender deutschnationaler Seite wird dem Volksbüro erklärt, daß die ruhige Auffassung, die in der „Täglichen Rundschau“ zum Ausdruck kommt, sich bereits im Laufe des gestrigen Abends auch in den Kreisen des übrigen Teils der Regierungskoalition durchgesetzt habe, so daß man die Krisengerüchte schon jetzt

als überholt ansehen könne. Zu dieser Weisung hat offenbar vor allem eine Aussprache beigetragen, die zwischen dem Führer der Zentrumsfraktion, Dr. v. Guérard und dem Grafen Westarp stattgefunden hat. Ferner verläutet von deutschnationaler Seite, daß eine formulierte Erklärung zu dieser Erklärung in der heutigen Reichstags Sitzung nicht abgegeben werde. Die Deutschnationalen sind gegen 11 Uhr zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten. Die Fraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei hatten erst heute nachmittag nach dem Plenum Sitzungen ab.

Die Sozialdemokraten interpellieren über die Restpunkte

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstage eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: Ist die Reichsregierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob sie der von den Deutschnationalen vertretenen Auffassung zustimmt, nach der nur das sogenannte Mumpffkabinett und nicht das gesamte Kabinett für den in der Kabinettsitzung vom 3. Januar 1927 bezüglich der Restpunkte gefaßten Beschluß die Verantwortung trägt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

(13. Sitzung.)
D. J. Karlsruhe, 3. Febr.

Die Höhertribüne ist zu der zweiten Sitzung am Freitag nachmittag um 4 1/2 Uhr über die Sitzung, in der die Neuwahl des Finanzministers und des Staatspräsidenten stattfand, berichtet wir an anderer Stelle des Blattes) wiederum nicht befeh.

Nach Bekanntgabe der Eingänge beantwortet Oberregierungsrat von Vabo eine kurze Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung betreffend den schleppenden Gang der Erledigung von

Berufungen bei den Versorgungsgerichten. Die Zahl der Berufungen bei den Versorgungsgerichten Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz hat von 1925 auf 1926 um 1735 auf 4987 zugenommen. In Karlsruhe und Freiburg ist schon vor Einbringung der kurzen Anfrage eine Vermehrung des Personals erfolgt und man hofft, in Kürze auch die beim Versorgungsgericht Karlsruhe vorhandenen Rückstände aufarbeiten zu können.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Egler (Rtr.) im Auftrage des Rechtspflegeausschusses über den Antrag der Abg. Dr. Mattes und Gen., betr.

Aufwertung der Sparguthaben über den gesetzlichen Mindestbetrag hinaus.

Der Antrag des Ausschusses geht dahin, zu erklären, daß Regierung und Landtag der Auffassung seien, daß über den Satz von 12 1/2 Proz. aufgewertet werden dürfe und solle, soweit eigene Mittel dafür vorhanden sind. Die Verordnung vom 2. Juli 1926 stehe dem nicht im Wege.

Abg. Dr. Günbert (D. Sp.) hält daran fest, daß der Wortlaut der Verordnung, die von einem Einheitsfuß spreche, den Zweifel berechtigt erscheinen lasse, ob Sparguthaben mit mehr als 12 1/2 Proz. aufgewertet werden dürfen. Der Antrag der Volkspartei sei lediglich von sachlichen Erwägungen diktiert gewesen.

Abg. Voss (Komm.) begründet einen Antrag, wonach die Spartassen zu höherer Aufwertung verpflichtet sein sollen.

Innenminister Dr. Reumle betont, daß es gegenüber der Regierung nicht notwendig war, festzustellen, oder die Regierung gar zu zwingen, anzuerkennen, daß höher wie 12 1/2 Proz. aufgewertet werden kann. Die Sachlage sei durchaus klar und im Erlaß vom 16. Juli eindeutig ausgeführt, daß den Spartassen eine höhere Aufwertung unbenommen ist. Als in einer Stadtgemeinde der Spartassenleiter dem Oberbürgermeister erklärte, daß ein entsprechender Beschluß auf Grund der Verordnung unbedenklich sei, hätte man sich an die Regierung wenden sollen und alsbald die zweideutige Auskunft erhalten.

Abg. Kühn (Rtr.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Günbert. Auf seiner, des Redners, Seite sei man stets der Meinung gewesen, daß der Satz von 12 1/2 Proz. eine Mindestgrenze darstellen soll. Daß einige Spartassen weiterzugehen, deutet darauf hin, daß ein Zweifel über die Rechtslage nicht überall geteilt wurden.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) erklärt sich mit der Auslegung der Verordnung durch den Minister und den Rechtspflegeausschuß einverstanden. Durch eine gewisse Ergänzung der Ausführungsbestimmungen könnte man das formale Unrecht beseitigt werden. Damit wäre auch den Landeskommissären gebietet. Die Spartassen hätten die moralische Pflicht, aufzuwerten.

Abg. Graf (Soz.) weist darauf hin, daß die Befürchtung einer beträchtlichen Umlagerung infolge des Aufwertungsgesetzes unbegründet war. Seine Partei stimme dem Ausführl. Beschl. zu. Man freue sich, daß der Städteverband aus einem Saulus zum Paulus geworden sei. Mit dem Zentrumsredner betont der Redner die großen volkswirtschaftlichen Aufgaben der Spartassen.

Abg. Dr. Schmittbener (Bürgerl. VAg.) stimmt dem Ausführl. Beschl. zu. Es hätten tatsächlich Zweifel bestanden und der Antrag Dr. Günbert sei darum im Kern berechtigt gewesen.

Abg. Dr. Günbert (D. Sp.) wendet sich im Schlußwort gegen verschiedene Bemerkungen der Gegenseite und betont u. a., daß der Städteverband f. Zt. ein reichlich überlegtes Material vorgelegt habe, entsprechend den damaligen Verhältnissen. Inzwischen hätten sich diese völlig verändert.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Abg. Egler (Rtr.) wird der Antrag des Rechtspflegeausschusses unter Ablehnung des kommunistischen Antrages einstimmig angenommen. Er lautet:

„Der Landtag ist mit der Regierung der Auffassung, daß nach der Verordnung des Ministers des Innern zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben vom 2. Juni 1926 die Spartassen berechtigt sind, den Aufwertungsfuß von 12 1/2 v. H. zu überschreiten, wenn und soweit sie dazu aus eigenen Aufwertungsmitteln in der Lage sind. Er erachtet die Regierung, diesen Spartassen nachzugeben, die Sparguthaben höher als 12 1/2 v. H. aufzuwerten und hierbei vorzugsweise die bedürftigen Personen im Sinne des § 7 der obigen Verordnung zu berücksichtigen.“

Nächste Sitzung Freitag, 9 Uhr: Erwerbslosenunterstützung, Siedlungswesen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

14. Sitzung

D. J. Karlsruhe, den 4. Febr.

Der Landtag stimmt in der Vormittagsitzung nach einem Bericht des Abg. Dr. Ullmer (Dem.) ohne Debatte der vorläufigen Vorauszahlung von weitem 2 Mill. RM. zur Freireitung des Aufwandes

Erwerbslosenunterstützung

in den Monaten Februar und März 1927 zu, vorbehaltlich der Anforderung in einem Kabinettag zum Staatsvoranschlag für 1926/27.

Die im außerordentlichen Etat 1926/27 für die unterstützende Erwerbslosenunterstützung bereitgestellten Mittel im Betrage von 10 954 000 RM. waren mit Ablauf des Monats Januar 1927 erschöpft. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen hat sich inzwischen auf rund 70 000 erhöht, so daß für die Monate Februar und März eine Landesbeihilfe in Höhe von je 1 1/2 Millionen RM. erforderlich ist. Hierbei steht aber noch nicht fest, ob die ansteigende Bewegung in der Erwerbslosigkeit bereits ihren Abschluß gefunden hat. Es würde sich für je weitere 1000 Erwerbslose der Landeszuschuß um 88 000 RM. erhöhen. Da von Reichs wegen noch 879 697 RM. zur Verfügung stehen, rechnet man mit einer Anforderung weiterer Landesmittel für die Zeit bis Ende März d. J. in Höhe von 2 Millionen. Die Regierung erachtet den Landtag um Bewilligung eines Kredites in diesem Betrage.

Darauf begründete Abg. Kläiber (Bürgerl. Ver.) seine persönliche Anfrage über die Zunahme der

Erwerbslosigkeit auf dem Lande.

Er wies darauf hin, daß bereits Tausende von Bauernhöfen ausgewandert sind, weil sie in der heimischen Landwirtschaft kein Unterkommen finden konnten. Es handle sich um die besten Leute. Mit dieser Auswanderung werde aber die Ernährungsfrage nicht gelöst. Dies könne nur durch die Siedlungsbewirtschaftung geschehen. Der Redner stellte mit Genugtuung fest, daß in allen Kreisen der Bevölkerung die Erkenntnis wachse, daß der Landwirtschaft mehr Interesse entgegengebracht wird wie bisher. Bei uns in Baden gebe es drei Siedlungsmöglichkeiten: das Donaueschinger Ried, der Freiburger Rieswald und die Weidachniederung. Man solle alles tun, um den landwirtschaftlichen Besitz zu vermehren und die Produktion zu heben. Besonders der Weinbau laufe Gefahr, das Meer der Arbeitslosen vergrößern zu müssen. Zum Schluß erörtert der Redner die Anliegensmöglichkeiten im Ofen. Im Sinne obiger Ausführungen bewegt sich auch ein Antrag, den Abg. Kläiber zur Annahme empfahl.

Innenminister Dr. Reumle

fährte zur Beantwortung u. a. aus: Die im außerordentlichen Etat 1924/25 bewilligten Mittel für Siedlungszwecke in Höhe von 100 000 M. sind aufgebraucht und neue seither nicht angefordert worden nachdem die nach Kriegsende aufgetretenen Wünsche auf Landzuteilung befriedigt waren und sich das Angebot von landwirtschaftlichen Grundstücken der verminderten Nachfrage angepaßt hatte. Die Regierung ist bereit, etwaige Anträge auf Zuweisung von Land im Wege des Anliegersiedlungsverfahrens zu prüfen und nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und Verhältnisse zu erledigen. Für die Errichtung neuer Siedlungen im Lande liegen die Dinge nicht günstig. Was die Ansiedlung badischer Landwirte im Ofen betrifft, so sind Verhandlungen mit der Reichs- und preussischen Regierung seit längerer Zeit aufgenommen und dürften in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einem gewissen Abschluß gelangen. Vom Reiche sind für die Ostsiedelung während 5 Jahren jährlich 50 Millionen zum Landankauf und zur Darlehensgewährung an die Siedler vorgesehen. Eine anteilmäßige Verteilung der Mittel an die Länder hat nicht stattgefunden; sie erübrigt sich auch, da badische Siedler grundsätzlich in gleicher Weise beachtet werden sollen wie die Siedler Preußens. Der Ansiedlung badischer Landwirte in den ostpreussischen Gebieten steht nichts im Wege. Die Frage, inwieweit das Land Baden selbst zur Lösung des Siedlungsproblems beitragen kann, bedarf noch der Klärung.

Es entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte mit dem Ergebnis, daß angesichts der aufgerollten vielseitigen und wichtigen Fragen der landwirtschaftlichen Existenz der gestellte Antrag dem Haushaltsausschuß überwiesen wurde, zumal auch der Minister eine Denkschrift über die Materie angekündigt hat.

Nach Erledigung einiger Besuche persönlicher Natur gemäß den Beschlüssen des Ausschusses vertagte sich das Hof. Nächste Sitzung unbestimmt.

Gebäudeversicherung in Baden

Unter dieser Überschrift lief dieser Tage durch badische Zeitungen eine Notiz, in der angegeben wurde, daß nach einer Statistik sich die in den Jahren 1913 bis 1925 von den Gebäudeeigentümern Badens geleisteten Gebäudeversicherungsbeiträge auf 3 674 936 M. belaufen, während von der Badischen Versicherungsanstalt im gleichen Zeitraum 485 819 M. für Brandschäden ausgegahlt wurden. Diese Zahlen, die zweifellos auf einem Mißverständnis beruhen, sind irreführend. Ihre Unrichtigkeit geht schon daraus hervor, daß allein im Jahre 1925 der Brandschaden nahezu 9 Millionen Mark beträgt. Dazu kommen die freiwilligen Leistungen für Sturm- und Hochwasserschäden, die gemeinnützigen Abgaben für Wasser- und Feuerlöschwesen, die 4 Proz. Versicherungssteuer und die Verwaltungskosten. Alle diese Posten zusammen rechtfertigen eine Jahresumlage von 11 Millionen. Was erübrigt wird, wächst dem Betriebs- und Ausgleichsfond zu, der ja lediglich den Interessen der Versicherten dient.

Keine Entstaatlichung der Bodenseeschiffahrt

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit: Die in der Presse verbreitete Nachricht, wonach die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft unrentable Strecken der Bodenseeschiffahrt an private Unternehmer zu übertragen beabsichtigt, ist nicht zutreffend. Eine solche Absicht besteht nach Kenntnis der Reichsbahndirektion Karlsruhe auch nicht für den österreichischen oder den schweizerischen Teil der Bodenseeschiffahrt.

Vom Kraftwert Niederschwörstadt

D. J. Niederschwörstadt, 3. Febr. Die Vorarbeiten für die Erbauung des Kraftwerkes Rhodung-Schwörstadt schreiten fort. Die Bohrungen, die während des ganzen Winters durchgeführt wurden, dauern noch an, und auch an der Stelle, an der das Kraftwerk selbst zu stehen kommt, wird jetzt an einem Schaft, der gleichfalls der Erforschung der Grundverhältnisse dient, gearbeitet. Auf der deutschen Seite ist die Zufahrtsstraße von der Landstraße zum Rhein abgefiert, auf schweizerischer Seite sind zwei Baracken errichtet, von denen eine Verwaltungszwecken dienen wird. Mit dem Beginn der frostfreien Witterung wird mit Aufnahme der Arbeiten zum eigentlichen Bau gerechnet.

W.M. Stuttgart, 3. Febr. (Amtlich.)

Heute vormittag 11 Uhr ist der von Schiltach kommende Güterzug 9851 bei der Einfahrt in den Hauptbahnhof von Freudenstadt auf der Erntefahrtsweiche mit dem Tender der Lokomotive, dem Gepäckwagen und fünf dem Gepäckwagen folgenden Güterwagen entgleist. Verletzt wurde niemand. Der Materialschaden ist nicht erheblich. Der Verkehr wurde nicht gestört. Die Ursache der Entgleisung war nicht festzustellen. Untersuchung ist eingeleitet.

Aus der Landeshauptstadt

Wohltätigkeitsveranstaltung für die deutschen Studenten in Prag

Die Frauengruppe Karlsruhe des Vereins für das Deutschtum im Ausland veranstaltete vorgestern einen Wohltätigkeitsabend zum Besten der deutschen Studenten in Prag. Nach einer Reihe musikalischer Darbietungen fand ein Ball statt. Zahlreiche Verkaufsstände waren errichtet worden, an denen Damen der Gesellschaft die von privater Seite gestifteten Erfrischungen an die Gäste veräußerten. Der Erlös aus den Eintrittsgeldern und diesem Verkauf wird für den genannten Zweck verwandt werden. Das Publikum war so zahlreich erschienen, daß der Raum, der zur Verfügung stand, kaum ausreichen wollte. Der Frauengruppe Karlsruhe für das Deutschtum im Ausland gebührt herzlicher Dank für das ganze Unternehmen, dessen nationaler Zweck sicherlich von allen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei freudig anerkannt wird. Es war alles gut organisiert, so daß die Gäste einen wirklich genussreichen Abend erlebten. Ein von Fräulein Alice Hoerner mit innerer Ergriffenheit vorgetragenes Gedicht wies in passender Weise die Erschienenen auf die Bedeutung des Abends hin. Die musikalischen Darbietungen fanden ein verständnisvolles Publikum. Wenn man bedenkt, daß mit einer Ausnahme Dilettanten, d. h. nicht im Hauptberuf tätige Künstlerinnen, das Programm bestritten, wird man mit doppelter Hochachtung dieser Leistungen gedenken. Den Klavierpart hatte Frau von Teuffel übernommen. Ihr Spiel zeugte von einer schönen, technischen Sicherheit und einer unmittelbaren, musikalischen Einfühlungskraft. Fräulein Elisabeth Neumann erfreute durch ihr gediegenes und teilweise temperamentalvolles Gesangsstück. Fräulein Wied vom Landestheater entfaltete als Sängerin den ganzen Reiz ihrer hübschen, gefühlvollen Stimme. Das Publikum zeichnete die Künstlerinnen mit lebhaftem Beifall aus und veranlaßte sie zu einigen Zugaben.

Blühlicher Tod. Gestern nachmittags 1/8 Uhr erlitt der 68 Jahre alte in Oberstadt bei Darmstadt wohnhafte Hofrat und

Theaterintendant a. D. Max Behrend vor dem hiesigen Hauptbahnhof einen Schlaganfall; er starb auf dem Wege zum Städt. Krankenhaus.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einfluß des über dem Festlande entstandenen Hochdruckgebietes hatte Baden gelinderen allenthalben böheres und trockenes Wetter. Aber Nacht trat auch in tieferen Lagen wieder Strahlungsfröste ein. Auch heute morgen ist es noch vorwiegend heiter. Nur in Nordbaden bewirkte der im hohen Norden vorüberziehende Sturmwind vorübergehend Eintrübung. Das Festlandhoch erweist sich als sehr stabil gegenüber dem Anprall der atlantischen Zyklone. Wir haben daher noch mit Fortdauer des augenblicklichen Witterungscharakters zu rechnen. Wetterausblick für morgen: Driliche Morgenmehl, sonst keine wesentliche Änderung.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 5. Februar bis 15. Februar 1927

Samstag, 5. Februar. * C 16. Th.-Gem. 8. G. R. Neu einstudiert: Einen Zug will er sich machen von Johann Restrop. 7 1/2—10 (5.—).
Sonntag, 6. Februar. Nachmittags: 9. Vorstellung der Sondernormie für Auswärtige: Die Puppenfee. Diercke: Klein Ivas Blumen. 3—4 (4.—).
 Abends: * E 15. Th.-Gem. 401—500. Alka. 7—10 (8.—).
Montag, 7. Februar. Volksbühne 6. Die Zauberflöte. 7 1/2 bis 10 1/2 (7.—). Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Dienstag, 8. Februar. * B 16. Th.-Gem. 101—200 und 301 bis 400. Wie es euch gefällt. 7 1/2 bis 10 1/2 (5.—).
Mittwoch, 9. Februar. 5. Vorstellung der Schülermiete: Garmont. 6 1/2—10 (5.—). Eine beschränkte Anzahl von Plätzen ist für den allgem. Verkauf freigegeben.
Donnerstag, 10. Februar. * D 16 (Donnerstagsmiete) Th.-Gem. 1. G. R. Einen Zug will er sich machen. 7 1/2—10 (5.—).
Freitag, 11. Februar. Außer Miete. Einmaliges Gastspiel

der japanischen Sängerin Jovita Fuentes als Madama Butterfly, 8 bis 10 1/2 (9.—).
Samstag, 12. Februar. * G 17. Uraufführung: Der kleine Klaus. 7 1/2—10 (7.—).
Sonntag, 13. Februar. Vormittags: Fettere Morgenfeier: Ein Ständchen Diebermeier. 11 1/2—12 1/2 (2 und 1 M.).
 Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondernormie für Auswärtige: Die Durckgängerin. 3—5 1/2 (3.—).
 Abends: Turandot. * C 16 Th.-Gem. 501—600. 7—9 1/2 (8.—).

Montag, 14. Februar. Th.-Gem. 301—500. 7. Sinfonie-Konzert. Leitung: Josef Krips. Solistin: Alma Woodie. 8 bis 10 (4.—).
Dienstag, 15. Februar. Volksbühne 6. Die Zauberflöte. 7 1/2 bis 10 1/2 (7.—). Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben.

b) Im städtischen Konzertsaal:
Sonntag, 6. Februar. * Zum ersten Mal: Stöpsel von Franz Arnold und Ernst Bach. 7 1/2 bis 10 (4.—).
Sonntag, 13. Februar. * Stöpsel. 7 1/2 bis 10 (4.—).
Rundfunksende des Badischen Landestheaters. Freitag, den 11. Februar, 6 1/2 Uhr. Sprecher: Oberregisseur der Oper Herr Otto Krauß.

Vorrecht. a) bei Mietvorstellungen Umtausch für Inhaber von Blockstellen jeweils ab Samstag nachmittags 3 1/2 bis 6 Uhr.
 b) bei Vorstellungen außer Miete: Vorrecht der Platzmieter mit 10 Proz. Nachlaß auf die Tagespreise jeweils Samstag vormittags von 9 1/2—12 Uhr. — Die im Wochenplan genannte Abteilung hat das erste Vorrecht, die übrigen von 10 Uhr ab. — Im ersten Vorrecht wird unter den Mietabteilungen abgewechselt.
 c) Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Kartenvorverkauf. Vorverkaufskasse des Landestheaters, Kernstr. 6288. In der Stadt: Hauptverkaufsstellen Musikalienhandlung Fröh Müller, Gde Kaiser- und Waldstraße, und Reisebüro Hermann Wehle, Kaiserstraße 141. Weitere Verkaufsstellen: Zigarrenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29 und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48.

Voranzeige!

Ab Samstag den 5. Febr.

Weisse Woche

Die einzigartige Einkaufsgelogenheit für Weisse Waren jeder Art. Unser Prinzip: Preiswert durch Qualität!

W. Boländer

Karlsruhe Kaiserstrasse 121

Badisches Konservatorium für Musik Karlsruhe
 Samstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr im Bürgersaal des Rathauses
Zeitgenössische Musik
 für Flöte, Bratsche und Klavier (Erstaufführungen)
 Flöte: Kammervirtuose Karl Spittel, Bratsche: Georg Valentin Panzer, Klavier: Josef Schelb
 Werke von Hindemith, Jarnach, Schelb und Weismann
 Einheitspreis 1 Mark 116
 Karten bei den Musikalienhandlungen Müller, Doert und Tafel, sowie an der Abendkasse

Ludwig Schweisgut
 Karlsruhe i. B.
 Erbsprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 759
Harmoniums
 Nur beste Fabrikate
 Sehr mäßige Preise
 Umtausch alter Klaviere

COLOSSEUM
 Täglich abends 8 Uhr
 Sonntag 4 und 8 Uhr 51
Varieté-Vorstellung
 internationaler Künstler

Ausstellung mit Modenschau „Für alle Leute“
 in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe vom 30. April bis 9. Mai 1927
 veranstaltet vom **Karlsruher Hausfrauenbund** unter Mitwirkung des Karlsruher Einzelhandels
Günstige Ausstellungsbedingungen
 Anfragen und Anmeldungen an den Karlsruher Hausfrauenbund, Ritterstraße 7 Fernruf 200 6131

Bekanntmachung.
 Zwecks Durchführung der Zwangsbeitragsverhältnisse bei Forderungsrückständen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe-Stadt wurde gemäß § 404 Abs. 3 der A.V.D. § 8 der Verordnung über die Verteilung von Forderungen der Anstalten der Reichsversicherung und der Innungen vom 27. Oktober 1923 in der Fassung der Verordnung vom 3. Januar 1925 (Wes. u. Verordn.-Bl. Seite 10) der Hauptkassier der genannten Krankenkasse zum weiteren Vollstreckungsbeamten mit sofortiger Wirkung bestellt.
 Karlsruhe, den 3. Februar 1927. O. B. 21
 Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt.

Leser Bücher Wissen zu Macht!

Bürgerl. Rechtspflege
 Streitige Gerichtsbarkeit.
 N. 761. Lehr. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Wilhelm Fink, Inhaber Carl Felten in Lehr, wurde Margels Masse eingeleitet.
 Lehr, den 1. 2. 1927. Amtsgericht.

Güterrechtsregister.
 Sinsheim. J. 765
 Güterrechtsregister B. I Seite 806: Haber, Friedrich, Lokomotivbez. Verta. geb. Wanspach in Steinfurt. Vertrag vom 7. Dez. 1926. Gütertrennung.
 Den 2. Feb. 1927. Amtsgericht.

Bereinsregister.
 Lehr. J. 753
 Vereinsregist. Lehr Nr. 70. Anglerverein Lehr u. Umgebung in Lehr.
 Lehr, 25. 1. 1927. Amtsgericht.

Offenburg. J. 794
 Vereinsregisteranzug Wand I O. B. 72: Anglersportverein Marlen. Die Satzung ist am 28. Nov. 1926 errichtet.
 Offenburg, 1. Feb. 1927. Amtsgericht II.

Öffentliche Verbandsparlasse Todtnau (Bezirks-Sparkasse)
 Gestiftet am 1. Oktober 1925

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Kassenbestand	2 945.47	1. Spareinlagen	76 365.46
2. Postfach-Konto	2 229.45	2. Depositen	104 351.18
3. Guthaben bei der Reichsbank und Privatnotenbanken	1 237.27	3. Konto-Korrent-Kreditoren	226 400.17
4. Guthaben bei der Girozentrale	7 264.75	4. Rücklagen:	
5. Betriebskapital-Konto (Girozentrale Mannheim)	5 000.—	a) von 1925	500.16
6. Darlehen gegen Hypothek (langfristig)	98 286.15	b) von 1926	6 500.—
7. Darlehen an öffentlich-rechtlichen Körperschaften	74 512.07	5. Neubaufonds	2 000.—
8. Konto-Korrent-Debitoren	232 404.92	6. Einrichtungskonto	2 091.46
9. Wechsel	3 228.35	7. Rücklage für Geschenkbücher	300.—
10. Inventar	1 400.—	8. Akzept-Konto	1 200.—
11. Abale	1 200.—		
	419 708.43		419 708.43

Einleger:

Bestand am 1. Januar 1926	Sparfonten 81	Giro- und Darlehenskonten 100
Zugang in 1926	296	173
Bestand am 1. Januar 1927	377	273

Geschäftsvorfälle vom 1. Januar bis 31. Dezember 1926:
 Kasse 5 510
 Journal 6 830
 Zusammen 12 340
 3.743

Todtnau, den 27. Januar 1927.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Huber, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Feltes.

Städtische Sparkasse Schwellingen
 Öffentliche Spar- und Kreditanstalt.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	42 426.78	1. Spareinlagen	1 617 628.11
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse	133 099.96	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	341 617.47
3. Wertpapiere	56 851.—	3. Reichsgewinnkredite	106 300.—
4. Wechsel	11 594.81	4. Vorauserhöbete Zinsen	20 426.—
5. Darlehen auf Hypotheken	1 021 246.30	5. Rücklagen	34 942.99
6. Reichsgewinnkredite zc.	106 300.—	6. Reingewinn des Jahres 1926	13 589.60
7. Darlehen in laufender Rechnung an Privatschulden	561 429.80		
8. Darlehen auf Schuldschein	132 789.75		
9. Darlehen an Gemeinden	27 193.—		
10. Darlehen gegen Faustpfand	1 492.—		
11. Grundstückskaufgelder	16 840.—		
12. Einnahmerückstände	23 238.77		
13. Gebäude	1.—		
14. Verschulden	1.—		
	2 134 504.17		2 134 504.17

Berechnung der Rücklage.
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus RM 1 617 628.11 Spareinlagen
 und aus RM 285 855.58 Giroeinlagen
 Zuf. RM 1 903 483.69
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926
 RM 152 278.64
 RM 48 532.59
 Somit weniger RM 103 746.05
 Schwellingen, den 31. Januar 1927. 3.747
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: G 3 h, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Mayer, Direktor.

Bekanntmachungen
Lammenlaubholz-Submission.

Das Staatl. Forstamt Steinbach verläuft im Wege schriftl. Angebots aus Staatswaldbezirk I, Pflanzwald, Abt. 1—2 — 336,73 fm Lammenholz und 161,29 fm tannene Bauhölzer I. u. II. Kl. in 4 Losen. Kaufangebote mit der Aufschrift: „Submission“ wollen bis spätestens Mittwoch, den 16. Febr. 1927, vormittags 10 Uhr, dem Forstamt eingereicht werden, um welche Zeit die Eröffnung der Angebote i. Geschäftszimmer des Forstamts erfolgen wird. Loserzeichnisse (Kaufangebote) und Lizenzen durch das Forstamt. 3. 766

Badisches Landestheater

Samstag, den 5. Febr. 1927
 * C 16 Th.-Gemeinde III. S.-G.

Neu einstudiert
Einen Zug will er sich machen
 von Restrop
 In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Musikal. Leitung: J. Krips
 Zangler Hofbauer
 Karle Moelt
 Weinberl Moebie
 Christophel Rademacher
 Straps Schneider
 Gertrud Mäder
 Melchior Herz
 Sonders Leitgeb
 Dwyer Müller
 Madama Knorr Genter
 von Fischer Clement
 Blumenblatt

Frauendorfer
 Gernsdorff
 Merl
 Hausmeister
 Müller
 Lohntischer
 Wehner
 Wädler
 Brand
 Rab
 Bodz
 Gemmeda
 Graf
 Anfang 7 1/2 Ende 10 1/2
 I. Sperrst. 5.— M.
 So. 6. Febr. nachmittags
 Die Puppenfee — Klein
 Ivas Blumen
 abends Alka
 Konzertl. Zum erstmal
 Stöpsel

Resi-denz Lichtspiele
 Waldstraße 78
Ben Hur